

# Newsflash

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **36 (2010)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## **Cannabis: Ordnungsbussenmodell kommt**

Der Cannabis-Konsum soll verboten bleiben, künftig aber nicht mehr zur Anzeige gebracht werden. Nach dem Willen der Gesundheitskommissionen SGK von National- und Ständerat soll Kiffen im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden. Die SGK des Nationalrats hatte das Anliegen wieder aufgenommen, nachdem das Volk im Herbst 2008 die Hanf-Initiative abgelehnt hatte und wird nun einen Erlassentwurf erarbeiten. Der Fachverband Sucht und sein Westschweizer Partnerverband GREA stehen dem geplanten Ordnungsbussenverfahren ambivalent gegenüber und formulieren ihre fachliche Haltung in einem Positionspapier. Demnach ist das Ordnungsbussenmodell keine Lösung, politisch aber immerhin ein Schritt aus dem völlig unbefriedigenden Status Quo. Eine fachlich fundierte Cannabispolitik müsste aber den Konsum entkriminalisieren und den Markt regulieren. Medienmitteilung vom 19. Januar 2010 der SGK-SR: [www.tinyurl.com/sgk-sr](http://www.tinyurl.com/sgk-sr)  
Positionspapier der Suchtfachleute: [www.tinyurl.com/cannabispolitik](http://www.tinyurl.com/cannabispolitik)

## **Massnahmenplan gegen Gewalt im und um den Sport**

Der Runde Tisch zur Bekämpfung von Gewalt im und um den Sport hatte die nationale Projektgruppe «Sicherheit im Sport» von Swiss Olympic im Januar 2009 beauftragt, wirkungsvolle Massnahmen für mehr Sicherheit in und um die Fussball- und Eishockeystadien zu evaluieren. Basierend auf dem Schlussbericht der nationalen Projektgruppe haben die Partner des Runden Tisches diverse Massnahmen zur Umsetzung verabschiedet. Diese setzen auf verschiedenen Ebenen an und betreffen sowohl Sicherheitsmassnahmen im Umfeld von Sportveranstaltungen, die Fanarbeit (inkl. An- und Abreise), Ausschank von Alkoholika und Aus- und Weiterbildungen für Sicherheitsverantwortliche. Ausserdem sollen ausgesprochene Stadion- und Rayonverbote sportarten- und kantonsübergreifend konsequent durchgesetzt werden. Der Runde Tisch soll als nationale strategische Koordinationsplattform weitergeführt werden. Die operative Koordination erfolgt auf lokaler und regionaler Ebene durch die jeweils verantwortlichen Stellen. Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS vom 22. Januar: [www.tinyurl.com/vbs-gewalt](http://www.tinyurl.com/vbs-gewalt)

## **«Checkpoint» Jugendschutz beim Verkauf von Alkohol und Tabak**

Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, St.Gallen, Thurgau und Graubünden treten in Zukunft gemeinsam für die Einhaltung der Jugendschutzgesetze beim Verkauf von Alkohol und Tabakwaren ein. Die Präventionsfachstellen der vier Kantone haben Materialien entwickelt, welche Verkaufspersonal, Eltern und Jugendliche auf die gesetzlichen Bestimmungen bei der Abgabe von Alkohol und Tabak aufmerksam machen. Dieses Vorgehen wurde beschlossen, weil das Ausgangs- und Einkaufsverhalten von Jugendlichen ebenfalls keine Kantongrenzen kennt. Medienmitteilung der Kantone vom 14. Januar 2010: [www.tinyurl.com/jugendschutz-kantone](http://www.tinyurl.com/jugendschutz-kantone)

## **Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit**

Alkoholabhängige Menschen, die sich vorwiegend in Gruppen im öffentlichen Raum aufhalten, sind meist männlich und schweizerischer Herkunft. Sie leiden oft an physischen und psychischen Krankheiten. Mehr als ein Drittel dieser Randständigen wurde im Verlauf seines Lebens sexuell missbraucht. Dies zeigt eine gemeinsame Studie vom Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung ISGF und der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA. Untersucht wurde die Situation in fünf

Schweizer Städten: Bern, Chur, Lausanne, Yverdon und Zürich. Befragt wurden die Gruppe der Konsumierenden, welche den öffentlichen Raum als Treffpunkt nutzen, PassantInnen, die in der Nähe dieser Treffpunkte vorbeigehen sowie jene, welche die öffentliche Ordnung regulieren. Dadurch ermöglicht die Studie, Mechanismen zu durchleuchten, die zur Stigmatisierung und Diskriminierung von Alkoholkonsumierenden im öffentlichen Raum führen. Die Studie ist online erhältlich: [www.tinyurl.com/oeffentlichkeit](http://www.tinyurl.com/oeffentlichkeit)

## **Weniger Herzinfarkte nach Rauchverbot**

Seit dem 1. März 2008 darf im Kanton Graubünden in öffentlichen Gebäuden nicht mehr geraucht werden. Ein Team am Kantonsspital Graubünden unter der Leitung des Kardiologen Piero Bonetti hat nun untersucht, wie sich dieses Verbot auf die Häufigkeit von Herzinfarkten im Kanton ausgewirkt hat. In den zwei Jahren vor der Einführung des Rauchverbots traten im Kanton 229 respektive 242 Herzinfarkte auf. Im ersten Jahr nach Einführung des Rauchverbots sank die Zahl der Herzinfarkte auf 183, was im Vergleich zu den zwei Vorjahren einer Abnahme von 22 Prozent entspricht. Diese Abnahme ist laut Bonetti in erster Linie durch eine Verminderung der Herzinfarkte bei Nichtraucher bedingt gewesen. Artikel in Swiss Medical Weekly (Early Online Publication, 7. January 2010): [www.tinyurl.com/graubuenden](http://www.tinyurl.com/graubuenden) (Englisch)

## **Wenn Roulette, Lotto und Spielautomaten einen nicht mehr loslassen**

Rund 60% der Bevölkerung in der Schweiz haben mindestens einmal ein Glücksspiel gespielt. Am beliebtesten sind Lotterien und Wetten. Das Angebot an Glücksspielen im Internet wächst und die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine hohe Casinodichte. Manche SpielerInnen zeigen ein risikoreiches Verhalten, wobei bis zu 80% der Personen mit exzessivem Spielverhalten Männer sind. Nach Schätzungen betreiben zwischen 80'000 und 120'000 Menschen ein problematisches Glücksspiel und mehr als 23'000 Personen sind in der Schweiz mit einer Spielsperre in einem Casino belegt. Eine neue Broschüre beleuchtet nun die Risiken von Glücksspielen. Das von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA gemeinsam mit Partnerorganisationen erarbeitete Informationsmittel fasst den aktuellen Wissensstand zusammen und richtet sich an alle, die sich für das Thema interessieren sowie an Fachleute. [www.tinyurl.com/sfa-gluecksspiel](http://www.tinyurl.com/sfa-gluecksspiel)

## **Gesundheitskosten des Passivrauchens in der Schweiz**

Passivrauchen verursacht in der Schweiz jährliche Gesundheitskosten von über einer halben Milliarde Franken. Dies zeigt eine Studie des Institut für Sozial- und Präventivmedizin am Schweizerischen Tropeninstitut Basel. Diese basiert auf der Situation im Jahre 2006, als 84 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz zumindest gelegentlich vom Passivrauchen in der Gastronomie betroffen war. Demnach gehen Tausende Lebensjahre verloren, weil Menschen dem Tabakrauch anderer ausgesetzt sind. Die Forscher untersuchten, welche Gesundheitskosten die Schweiz einsparen könnte, wenn ein allgemeines Rauchverbot für öffentlich zugängliche Innenräume und Arbeitsplätze eingeführt würde. Welcher Teil dieser Gesundheitskosten mit der Einführung von Rauchverboten im öffentlichen Raum eingespart werden kann, hängt von der Art des Nichtraucherschutzes ab. Eine Messkampagne in Schweizer Restaurants und Bars hat gemäss der Studie gezeigt, dass die Feinstaubbelastung im Nichtraucherbereich mehr als doppelt so hoch ist wie in einem reinen Nichtraucherbetrieb, selbst wenn nur in einem abgetrennten Raum geraucht wird. Studie: [www.tinyurl.com/studie-passivrauchen](http://www.tinyurl.com/studie-passivrauchen)